

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die Ereignisse dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. In dieser Woche stelle ich Ihnen den Nationalen Bildungsbericht 2010 sowie den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2011 vor und informiere Sie über die Wahl des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Nationaler Bildungsbericht 2010
2. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2011
3. Wahl des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
4. Relevantes für Mannheim und die Region



Der Weg zum Fortschritt mit dem Navi Gabriel

Zeichnung: Sakurai

## **1. Nationaler Bildungsbericht 2010**

In dieser Woche wurde der Nationale Bildungsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2010 im Deutschen Bundestag debattiert. Der Bericht enthält eine aktuelle Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens, die alle Bereiche umfasst, angefangen von frühkindlicher Bildung über Schulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Der Nationale Bildungsbericht 2010 weist erfreuliche Kennzahlen auf. Die Schulabbrecherquote sinkt kontinuierlich und die Studienanfängerquote erreichte im Jahr 2009 mit 43 Prozent einen neuen Rekord. In Deutschland nehmen inzwischen mehr Kinder unter drei Jahren an Angeboten zur Frühförderung teil, 95 Prozent der Vier- bis Fünfjährigen besuchen eine Kindertageseinrichtung. Auch die Zahl der Gymnasiasten ist deutlich gestiegen.

Der Bericht zeigt aber gleichzeitig auch die Herausforderungen auf, vor denen Deutschland im Bildungsreich steht. Das zentrale Augenmerk des Bildungswesens muss laut Bericht daher darauf gerichtet sein, vor allem Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten bei der Frühförderung und den höheren Bildungsabschlüssen stärker einzubeziehen. Die Bildungswege unterscheiden sich derzeit vor allem nach Geschlecht, sozialer Herkunft und Migrationsstatus. 29 Prozent der Kinder in Deutschland wachsen in einer sogenannten „Risikolage“ auf, durch die ihre Bildungschancen beeinträchtigt sein können. Trotz rückläufiger Schülerzahl steigt die Zahl der Förderschüler sowohl an den Förderschulen als auch an den allgemeinbildenden Schulen mit integrativer Förderung.

Die christlich-liberale Koalition wirkt dieser Entwicklung entgegen, um auch Kindern aus bildungsferneren Schichten eine Chance zur guten Ausbildung zu ermöglichen. Sie setzt dabei auf einen verstärkten Ausbau der frühkindlichen Förderung und auf ein umfassendes Bildungspaket, das im Rahmen der Überarbeitung des SGB II-Gesetzes beschlossen wurde.

## **2. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2011**

In ihrem vergangene Woche vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht stellte die Bundesregierung ihre Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung für das Jahr 2011 vor. Unter dem Titel "Deutschland im Aufschwung - den Wohlstand von morgen sichern" zeichnet der Bericht ein generell positives Bild.

- Die ursprüngliche Prognose von 1,8 Prozent Wirtschaftswachstum wurde auf 2,3 % und damit deutlich nach oben korrigiert. Im Krisenjahr 2009 hingegen war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch um 4,7 Prozent eingebrochen. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist damit doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt.
- Nachdem die deutsche Wirtschaft 2010 mit 3,6 Prozent den größten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts seit der Wiedervereinigung erzielt hat, wird der Aufschwung 2011 voraussichtlich etwas an Schwung verlieren. Für 2011 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum von rund 2,3 Prozent.

- Die Binnennachfrage entwickelt sich zunehmend zur treibenden Kraft des Wirtschaftswachstums und wird laut Bericht im Jahr 2011 zu über drei Vierteln zur gesamtwirtschaftlichen Aktivität beitragen. Laut Prognose werden die nominalen Bruttolöhne in diesem Jahr erneut um 2,1 Prozent steigen. Die real verfügbaren Einkommen von privaten Haushalten haben 2010 stark zugenommen
- Für 2011 wird ein erneuter Anstieg der Ausgaben von privaten Haushalten um 1,6 Prozent erwartet. Als Gründe nennt der Bericht die positive Arbeitsmarktentwicklung, eine moderate Entwicklung des Preisniveaus sowie die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung.
- Die wirtschaftliche Erholung ist insbesondere ein Beschäftigungsaufschwung. Die Arbeitslosenrate ist weiterhin auf dem Rückmarsch. Für 2011 wird ein Anstieg des Beschäftigungsniveaus um 320.000 auf rund 40,8 Millionen erwartet.
- Die Neuverschuldung des Bundes wird wie bereits im vergangenen Jahr weiterhin sinken. Für 2011 wird ein gesamtstaatliches Defizit von rund 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwartet.

### **3. Wahl des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag den früheren Bürgerrechtler und Journalisten Roland Jahn zum Nachfolger von Marianne Birthler gewählt, die nach zehn Jahren an der Spitze der Stasi-Unterlagen-Behörde im März turnusgemäß ausscheidet. Roland Jahn wurde 1983 gewaltsam aus der DDR in die Bundesrepublik abgeschoben. Bereits 1977 war er nach Protesten gegen Wolf Biermanns Ausbürgerung von seinem Studium der Wirtschaftswissenschaften exmatrikuliert worden. In Westdeutschland arbeitete er zunächst frei als Journalist und seit 1991 fest angestellt beim ARD- Politikmagazin "Kontraste".

Jahn war von der Bundesregierung vorgeschlagen worden und erhielt mit 535 Stimmen deutlich mehr als die erforderliche absolute Mehrheit aller Bundestagsabgeordneten. Jahn hatte die Mitglieder der Linksfraktion zuvor im Rahmen seines Vorstellungsbesuches gebeten, sich an der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu beteiligen, denn sie stehe als Nachfolgepartei der SED in einer besonderen Verantwortung. Roland Jahn kündigte an, das DDR-Unrecht auch weiterhin konsequent aufarbeiten zu wollen. Marianne Birthler wird das Amt im März dieses Jahres an Roland Jahn übergeben.

### **4. Relevantes für Mannheim und die Region**

#### **Bundesregierung hält weiterhin an Anbindung des Hauptbahnhofs fest**

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann MdB, hat mir auf meine Parlamentarische Anfrage hin versichert, dass die Bundesregierung die gesetzliche Vorgabe aus dem Jahre 2004 „unverändert beachtet“, wonach die ICE-Neubaustrecke Frank-

furt-Stuttgart ausschließlich über den Mannheimer Hauptbahnhof zu erfolgen hat. Allerdings hat der Staatssekretär in seiner Antwort gleichzeitig mitgeteilt, dass im Hinblick auf den gewählten Projektzuschnitt für die Neubaustrecke „ein Optimierungsbedarf“ bestehe und hinsichtlich des Projektzuschnitts „eine vorbehaltlose Herangehensweise notwendig“ sei. Ebenso wies Ferlemann darauf hin, dass neben einer angemessenen Einbindung des Eisenbahnknotens Mannheim auch den „verkehrlichen Anforderungen des Personen- und Güterverkehrs“ Rechnung getragen werden müsse und offene Fragen, etwa hinsichtlich der Trassierung der Neubaustrecke im Bereich Mannheim, zu klären seien.

Hier haben bei mir die Alarmglocken geschallt: Da gibt es offenbar Kräfte, die den Bundestagsbeschluss kippen wollen. Deswegen habe ich mich erneut an Ferlemann gewandt und um Klärung gebeten, inwieweit Mannheim und der unmittelbare Zubringer zu Mannheim von diesem Optimierungsbedarf betroffen sind. Des Weiteren habe ich Staatssekretär Ferlemann um Auskunft gebeten, welche verkehrlichen Anforderungen des Personen- und Güterverkehrs in Mannheim bestehen und welche Auswirkungen dies auf den Streckenverlauf und die ausschließliche Anbindung des Hauptbahnhofes Mannheim hat. Ich kämpfe mit ganzer Kraft für die ausschließliche Anbindung unseres Hauptbahnhofes und erteile allen Winkelzügen, die eindeutige gesetzliche Vorgabe, die vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, zu umgehen, eine klare Absage. Ich erwarte nun vom Bundesverkehrsministerium eine deutliche Klarstellung, wie die interpretationsfähigen und missverständlichen Formulierungen auszulegen sind. Wenn alles nichts hilft, müssen wir eine neue fraktionsübergreifende Kampagne starten.

## **Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ werden ausgeglichen**

Auf meine parlamentarische Anfrage zur Förderung sozial schwacher Stadtteile hin teilte mir der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann MdB, mit, dass die Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ durch andere Förderprogramme ausgeglichen werden. Damit sind die Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ nicht so einschneidend, wie jüngst von der SPD in Mannheim dargestellt.

Ich bedauere zwar die Sparmaßnahmen im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“, begrüße aber die gezielten städtebaulichen Investitionen zur Verbesserung des Wohn- und Lebensumfeldes durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Gebieten, die von dem Programm „Soziale Stadt“ profitieren. Dadurch wird ein vertretbarer Ausgleich geschaffen. Durch das Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ), das in den Europäischen Sozialfonds eingebettet ist, werden, wie Staatssekretär Ferlemann mitteilte, gering qualifizierte Jugendliche, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt gestellt, um deren Perspektiven auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern. In der letzten Förderrunde, zu der am 17. Dezember 2010 aufgerufen wurde, sei das BIWAQ um die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich als eigenständiges Handlungsfeld „Quartiersarbeit“ erweitert worden. Voraussetzung für die Bewilligung von Fördergeldern sei, dass durch die Fördermaßnahmen gleichzeitig stadtentwicklungspolitische Ziele unterstützt werden. Dadurch werden, so Ferlemann, die Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ aufgefangen.

Der Bundesanteil an dem Förderprogramm beträgt in den Jahren 2008 bis 2015 insgesamt 60 Millionen Euro. Diese nationale Kofinanzierung wird durch Finanzierungsanteile des Europäischen Sozialfonds in Höhe von 124 Millionen Euro komplementiert, so dass das Fördervolumen für benachteiligte Stadtteile insgesamt 184 Millionen Euro beträgt. Ich danke Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, dass er die Einwände der Abgeordneten aufgegriffen hat und somit die Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ für sozial schwache Stadtteile in Mannheim und anderen Kommunen durch das BIWAQ zu einem erheblichen Teil ausgeglichen hat. Das verdeutlicht, dass sich der Bund mitnichten aus der Förderung benachteiligter Stadtteile zurückgezogen hat. Außerdem kann so sichergestellt werden, dass sich bei den laufenden Projekten gar nichts ändert. Die Reaktionen der Mannheimer SPD waren total überzogen.

## **Einsatz für Patentgericht Mannheim**

Gemeinsam mit meiner Mannheimer FDP- Bundestagskollegin Dr. Birgit Reinemund habe ich mich in einem Schreiben an den Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Ulrich Goll MdL, mit der Bitte gewandt, sich für den Erhalt der Patentkammer am Landgericht Mannheim einzusetzen. Baden-Württemberg als Innovationsstandort kann auf das Patentgericht Mannheim nicht verzichten.

Dem Patentgericht Mannheim droht im Rahmen der geplanten Einrichtung eines europäischen Patentgerichts für EU-Patente und europäische Patente (sog. Bündelpatente) mit Hauptsitz in Luxemburg die Schließung. Diesem internationalen Gericht sollen in Deutschland drei nationale Patentgerichtsstandorte zur Seite stehen, wobei bekannt wurde, dass die Standortvergabe nicht streng nach der Anzahl der Patentverfahren erfolgen soll. Daher droht eine Schließung der Patentkammer beim Landgericht Mannheim, das mit rund 300 jährlichen Verfahren an zweiter Stelle nach dem Landgericht Düsseldorf mit rund 600 und vor dem Landgericht München mit rund 150 jährlichen Verfahren steht.

Wir haben in unserem Schreiben an den Justizminister auf den guten Ruf der Patentkammer Mannheim hingewiesen, die in Fachkreisen für die schnelle Bearbeitung der bei ihr anstehenden Verfahren bekannt ist. Zwar werden die Patentanmeldungen auch weiterhin in die Zuständigkeit des Europäischen Patentamtes in München fallen. Aber Frau Dr. Reinemund und ich vertreten beide die Auffassung, dass Baden-Württemberg als Bundesland mit den meisten Patentanmeldungen (rund 14.000 Patentanmeldungen jährlich, vor Bayern mit rund 11.000 und Nordrhein-Westfalen mit rund 7.000) auch Standort eines Patentgerichts sein sollte.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227 – 722 91  
E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)  
Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)